

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2023/40 von Miriam Locher: «Politische Partizipation junger Menschen» 2023/40

vom 15. August 2023

1. Text der Interpellation

Am 12. Januar 2023 reichte Miriam Locher die Interpellation 2023/40 «Politische Partizipation junger Menschen» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) wurde eine Studie durchgeführt, die zeigt, dass junge Personen in der Schweiz in vielen verschiedenen Formen politisch aktiv sind. Ausserdem zeigt die Studie auf, dass die Motivationsgründe für politische Mitwirkung ebenso unterschiedlich sind, wie die Formen des politischen Aktivismus.

Nichts desto trotz wird aufgezeigt, dass die Jugendlichen Verbesserungspotential sehen, insbesondere bei einer Stärkung der politischen Bildung, beim Abbau von Zugangsbarrieren zu bestehenden Angeboten und bei der Schaffung von Lernräumen für die politische Partizipation.

Die von der EKKJ in Auftrag gegebene Studie «Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren» geht von einem weit gefassten Verständnis von politischer Partizipation aus, welches explizit auch nicht-institutionelle Beteiligungsformen und digitale Formate umfasst, die allen Jugendlichen offenstehen. Dazu gehören Jugendparlamente und Klassenräte, partizipative Projekte zum Bau eines Velowegs, ein Kulturfestival zum Thema Rassismus oder ein Austausch mit Personen aus der lokalen Politik, aber auch Meinungsbildung im Freundeskreis, bewusster Konsum (z. B. Boykott), Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen. Die politische Partizipation von jungen Menschen ist denn auch entsprechend vielseitig.

Die Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat basierend auf diesen Ergebnissen folgende Empfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen erarbeitet:

- *Lebenswelt der jungen Menschen beachten,*
- *politisches Interesse wecken,*
- *Zugang zu Angeboten erleichtern,*
- *Lernräume für politische Partizipation schaffen,*
- *politische Bildung in der Schule fördern,*
- *ernsthafte, wirkungsvolle Partizipation ermöglichen.*

Letztlich sind diese Handlungsfelder auch ein Mittel, um die Stimmbeteiligung junger Menschen zu erhöhen und so die Demokratie zu stärken.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Hat der Regierungsrat Kenntnis der obengenannten Studie?*
2. *Wie beurteilt die Regierung die Ergebnisse der Studie?*
3. *Werden die erwähnten Empfehlungen der EKKJ vom Kanton geprüft?*
4. *Wie werden allenfalls Massnahmen daraus abgeleitet?*
5. *Welche zusätzlichen Potentiale der Förderung politischer Bildung bei Jugendlichen leitet die Regierung aus der erwähnten Studie ab?*
6. *Welche sonstigen Massnahmen, unabhängig der erwähnten Studie, sieht der Regierungsrat zur Förderung der politischen Bildung?*
7. *Wie kann die politische Bildung auch an Berufsschulen (wo beispielsweise der Jugendrat nicht präsent ist) gestärkt werden?*

Kann sich der Regierungsrat ein Projekt mit verschiedenen Anspruchsgruppen (z.B. Jugendrat, Vertretung von Schulen, Vertretung Kanton, Vertretung Gemeinden) zu den obengenannten Handlungsfeldern vorstellen?

2. Einleitende Bemerkungen

Politische Partizipation von Jugendlichen und die dafür notwendige politische Bildung – Wissensvermittlung und Stärkung der Kompetenzen –, Orte, wo politische Partizipation geübt werden kann, und die Möglichkeit, politisch mitzuwirken, sind für den Kanton Basel-Landschaft von grosser Wichtigkeit.

Der Kanton Basel-Landschaft versteht die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Gewinn, da sie die Demokratie und die Gewaltprävention fördert, indem sie den Zusammenhalt der Gesellschaft und jedes einzelne Mitglied stärkt. Durch die Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) durch die Schweiz im Jahr 1997 haben sich die Kantone verpflichtet, die Kinderrechte in ihren kantonalen Gesetzgebungen zu verankern und nachhaltig umzusetzen (Kinder = 0-18 Jahre alt). Artikel 12 der KRK beinhaltet den grundlegenden Anspruch auf Partizipation und ist eine Leitmaxime der KRK.

Die kantonale Kinder- und Jugendpolitik, die sich auf die KRK stützt, hat zum Ziel, nebst Schutz und Förderung auch die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen, was auch die politische Partizipation umfasst. Kinder und Jugendliche haben das Recht, ihr Leben und ihre Umwelt mitzugestalten.

Im Kanton Basel-Landschaft sind es vor allem die Politikbereiche Bildung, Gesundheit, Soziales, Kinder- und Jugendhilfe sowie Familie, welche gezielte Beiträge leisten, um die Kinder und Jugendlichen inner- und ausserhalb der Familie und der Schule zu fördern, zu schützen und ihre Mitwirkung zu ermöglichen.

Eine vom Regierungsrat eingesetzte überdirektionale Arbeitsgruppe, geleitet vom Fachbereich Kindes- und Jugendschutz der Sicherheitsdirektion (SID), engagiert sich für die Sensibilisierung und Umsetzung der Kinderrechte innerhalb und ausserhalb der kantonalen Verwaltung. Daraus entstand auch das Merkblatt, wie kantonale Stellen Kinder und Jugendliche bei kantonalen Vorhaben, politischen Prozessen und Projekten mitwirken lassen können – beispielsweise bei Erlassen, Gesetzes- oder Verordnungsänderungen, bei der Durchführung von Projekten und Bauvorhaben oder bei Abläufen in der kantonalen Verwaltung.

An den Baselbieter Schulen ist politische Bildung als obligatorischer Bestandteil in den Lehrplänen der verschiedenen Schulstufen fester Bestandteil. Mit zunehmendem Alter der Kinder bzw. Jugendlichen wird dem Thema stetig mehr Raum gegeben. Darüber hinaus gibt es an den unterschiedlichen Schulen vielfältige Formate, welche den Kindern und Jugendlichen das Interesse und das Verständnis für Politik näherbringen.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Hat der Regierungsrat Kenntnis der obengenannten Studie?*

Im Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote (AKJB) der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ist die Studie [«Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren»](#) und deren Ergebnisse bekannt. Im Amt für Volksschulen sowie in der Dienststelle Berufsbildung, Mittelschulen und Hochschulen (BMH) der BKSD und in der Sicherheitsdirektion hat man sie mit Interesse zur Kenntnis genommen.

2. *Wie beurteilt die Regierung die Ergebnisse der Studie?*

Die Ergebnisse der Studie sind plausibel und wenig überraschend. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass demokratische Prozesse nicht gegeben sind, sondern eingeübt und gepflegt werden müssen. Er geht mit den Autorinnen und Autoren der Studie einig, dass wer politisch besser gebildet ist, sich eher für Politik interessiert und sich häufiger informiert, was wiederum das politische Verständnis und Interesse stärkt. Wie von der Interpellantin dargelegt, wird das Verständnis von politischer Partizipation breit gefasst.

Die Studie leitet vier Veränderungspotenziale ab, um politische Partizipation zu fördern:

- *Verbesserung des Zugangs zu politischer Bildung: Schulen sollten die Aufgabe der politischen Bildung vermehrt, einheitlicher und früher übernehmen. Damit könnten sozioökonomische Barrieren abgebaut und politisches Interesse geweckt werden.*

Dass die Schule eine wichtige Rolle für den Zugang zu politischer Bildung spielt, ist unbestritten. In den Baselbieter Schulen ist politische Bildung als obligatorischer Bestandteil in den Lehrplänen der verschiedenen Schulstufen verankert, auch wenn über das «richtige Mass» – wie auch bei anderen Fächern – unterschiedliche Meinungen herrschen können. Mit zunehmendem Alter der Kinder bzw. Jugendlichen wird dem Thema stetig mehr Raum gegeben.

Der folgende Überblick zeigt, wie an den Baselbieter Schulen die politische Bildung in den Lehrplänen der verschiedenen Schulstufen verankert ist:

Im Lehrplan der Volksschule werden in allen drei Zyklen fächerübergreifende Kompetenzen zur Politischen Bildung erworben:

Im 1. und 2. Zyklus (1.–6. Klasse Primarschule) im Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) unter NMG.10 Gemeinschaft und Gesellschaft – Zusammenleben gestalten und sich engagieren. In der Umsetzungshilfe zum Lehrplan 2. Zyklus zu NMG (S.6) sind die mit dem 3. Zyklus (1.–3. Klasse Sekundarschule) abgeglichenen Inhalte der Politischen Bildung ausgewiesen.

Im 3. Zyklus im Fach Geschichte unter RZG.8 (Raum, Zeit, Gesellschaft) Demokratie und Menschenrechte stellt «Politik, Demokratie und Menschenrechte» ein eigener Themenbereich innerhalb von BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) dar. Mit dem fächerübergreifenden Ansatz ist die Politische Bildung im Lehrplan in verschiedenen Fächern verankert. Schliesslich leistet auch der Bereich der überfachlichen Kompetenzen einen wichtigen Beitrag an die politische Bildung. Auch in den Heimschulen wird nach Lehrplan Volksschule Baselland unterrichtet.

Auf der Sekundarstufe II wird der Politischen Bildung seit längerer Zeit verstärkt Rechnung getragen: so ist sie in den Lehrplänen des Gymnasiums und der Fachmittelschule FMS explizit ausgewiesen. Alle Aspekte der Grundlagenfächer, welche politische Bildung betreffen, werden in einem separaten Kapitel des Lehrplans zusammengefasst. Damit wird die Bedeutung der Politischen Bil-

derung hervorgehoben, sowohl als eigenständiger Themenbereich als auch als Teil einer interdisziplinären Betrachtung (Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht). Im Bereich der beruflichen Grundbildung bildet der «Aspekt Politik» einen integralen Bestandteil des Lehrplans im Fach Allgemeinbildender Unterricht.

Darüber hinaus gibt es an den unterschiedlichen Schulen vielfältige Formate, welche den Jugendlichen das Interesse und das Verständnis für Politik näherbringen. Es handelt sich dabei z.B. um die durch den Jugendrat organisierten Wahlpodien oder Angebote, wie die «Model United Nations», in deren Rahmen Schülerinnen und Schüler die Prozesse der UNO kennenlernen können. Ausserdem gibt es Freifächer zum Thema Politik oder Formate wie «Jugend debattiert». Schliesslich werden Exkursionen in Parlamente oder Gerichte organisiert. Alle Angebote gelten als Unterricht, und die partizipierenden Schülerinnen und Schüler werden für diese Anlässe freigestellt.

Eine wichtige Rolle bezüglich politischer Bildung und Partizipation spielt an den Baselbieter Schulen der Jugendrat. Er vertritt nicht nur die Interessen der Jugend gegenüber der Öffentlichkeit sowie gegenüber der Kantonsregierung, sondern er hat auch die Aufgabe, die Jugendlichen für die Belange der Politik zu sensibilisieren. So nimmt er an den Schulen eine wichtige Funktion ein, indem er vor Abstimmungen und Wahlen mit Podien präsent ist.

Die Schule soll und kann jedoch nicht alle Aufgaben der Zivilgesellschaft übernehmen. Hinweisen möchte der Regierungsrat beispielsweise auf den Dachverband der Schweizer Jugendparlamente (DSJ), der eine wichtige Funktion bezüglich politischer Bildung übernimmt. Er bietet eine Online- und Offline Ausbildung «Jugend+Politik» an für Jugendliche, die in einer Organisation mit politischem Bezug tätig sind oder in einer anderen Jugendorganisation einer politischen Arbeit nachgehen (Jugendparlamente, Jungparteien und weitere Organisationen).

Auch in der Kinder- und Jugendförderung wird politische Bildung angeboten und spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Anregung und Motivation zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit BL (OKJA-BL) lebt partizipative Strukturen und Abläufe vor: Die Statuten von OKJA-BL sind so aufgestellt, dass die Kinder und Jugendlichen (auch unter 18 Jahren) mitbestimmen können über Entwicklungen in den Jugendtreffs oder Programmen von Veranstaltungen oder Themenwochen. Dies ermöglicht den Kindern und Jugendlichen teilzuhaben und etwas zu bewirken, was die Motivation zu weiterer Partizipation verstärkt. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet somit auch Orte, wo die Kinder und Jugendlichen politische Partizipation lernen und üben können.

- *Vereinfachung des Zugangs zu Angeboten: Der Zugang zu Angeboten sollte niederschwelliger werden, beispielsweise über digitale Kanäle. Konventionelle und institutionalisierte Angebote seien derzeit oft zu weit von den jugendlichen Lebenswelten entfernt.*
- *Schaffung von «echten politischen Partizipationsmöglichkeiten»: Jugendliche sollten nicht aus Legitimationsgründen einbezogen werden. Gefragt seien echte Partizipationsmöglichkeiten, durch die sie ermutigt und bestärkt würden.*

Der Regierungsrat begrüsst es sehr, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gefördert wird und dass Mitwirkungsformen möglichst niederschwellig sind, so dass Kinder und Jugendliche ihre Umwelt aktiv mitgestalten können. Der Lebensraum Schule ist in weiten Teilen partizipativ gestaltet: Bereits in der Volksschule üben Schülerinnen und Schüler niederschwellige Formen der Partizipation ein, indem sie lernen sich projektbasiert zu engagieren. Auf Stufe Sek II sind Schülerinnen und Schüler sowie Lernende in Entscheidungsgremien wie dem Schulrat vertreten oder in eigenen SchülerInnen- und Lernenden-Organisation engagiert, so dass aktive (Schul-)partizipation gelebt werden kann.

Ausserhalb der Schule gibt es im Kanton Basel-Landschaft verschiedene niederschwellige Angebote, in welchen die Kinder und Jugendlichen partizipieren können.

Im Rahmen von «Kind und Raum» (Angebot der VGD, Gesundheitsförderung) können Kinder und Jugendliche in der Gestaltung von öffentlichen und privaten Räumen mitwirken. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet immer wieder Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, in Umfragen und Mitwirkungsprozessen dabei zu sein.

Das AKJB wird zusammen mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Basel-Landschaft in einem Gemeindeforum (14. September 2023) den «Leitfaden Kommunale Kinder- und Jugendpolitik» vorstellen, welcher von der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW zurzeit verfasst wird: Der Leitfaden soll Gemeinden dienen, ihr eigenes Kinder- und Jugendpolitik-Konzept zu erarbeiten, wobei die Partizipation von Kindern und Jugendlichen einen wichtigen Platz einnimmt. Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Gemeinde aktiv mitwirken können, entwickeln sie nicht nur ihre demokratischen Fähigkeiten, sondern identifizieren sich auch (stärker) mit ihrer Wohngemeinde.

Die UNICEF Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» unterstützt Gemeinden und Städte bei der Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein gesundes und sicheres Umfeld ermöglichen. Dabei werden die Sichtweisen, Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Gemeinde in einem partizipativen Prozess erhoben. Im Kanton Basel-Landschaft sind die Gemeinden Arlesheim, Reinach, Blauen, Therwil und Pratteln als kinderfreundliche Gemeinden zertifiziert.

Zusätzlich gibt es engage.ch, eine schweizweite Onlineplattform, wo Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, ihre Anliegen und Ideen einzubringen und so ihre Zukunft mitzugestalten. In Binningen wurde mit engage.ch ein Projekt mit der Gemeinde und der Offenen Jugendarbeit durchgeführt.

Schliesslich verweist der Regierungsrat auf eine allfällige Ausweitung der digitalen Partizipationsmöglichkeiten. Der Regierungsrat arbeitet derzeit an der Beantwortung zweier parlamentarischer Vorstösse zum Thema E-Collecting – siehe das Postulat [«Einführung eines E-Collecting-Systems auf kantonaler Ebene»](#) sowie die zum Postulat umgewandelte Motion [«E-Collecting»](#).

- *Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte: Diese sollten vermehrt losgelöst von Staatszugehörigkeit und starren Altersgrenzen sein.*

Der Regierungsrat verweist bei diesem Punkt auf den Volkswillen. Die Baselbieter Stimmbevölkerung sprach sich im März 2018 gegen ein kantonales und kommunales Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren aus. Auch ein Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene wurde abgelehnt. Er vertritt die Haltung, dass die Impulse für eine Ausgestaltung der demokratischen Mitbestimmungsrechte grundsätzlich von den politischen Parteien bzw. den Akteuren der Zivilgesellschaft kommen sollten.

Hingegen gibt es zahlreiche Beispiele, wo Kinder und Jugendliche im Kontext der Schule, eines Vereins oder der Gemeinde einbezogen werden, wenn eine Änderung ausgearbeitet wird, welche die Kinder und Jugendlichen betrifft. Dies ermöglicht den Kindern und Jugendlichen Partizipation im Vorfeld einer Abstimmung, auch ohne offizielles Stimmrecht.

3. Werden die erwähnten Empfehlungen der EKKJ vom Kanton geprüft?

Wie in der Antwort zur Frage 2 dargelegt, hat die BKSD die in der Studie dargelegten Veränderungspotenziale geprüft.

4. Wie werden allenfalls Massnahmen daraus abgeleitet?

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein sich stetig änderndes Feld. Der Kanton prüft regelmässig, welche Massnahmen sich bewährt haben, was ausgebaut oder neu aufgenommen werden muss.

5. Welche zusätzlichen Potentiale der Förderung politischer Bildung bei Jugendlichen leitet die Regierung aus der erwähnten Studie ab?

Wie in der Antwort auf die Frage 3 dargelegt, ist es eine ständige Aufgabe des Kantons zu prüfen, welche Massnahmen sich ausbauen lassen bzw. welche neuen Massnahmen dazukommen. Der Regierungsrat verweist an dieser Stelle auch auf die im Frühjahr 2023 gegründete Interkantonale Fachkonferenz Citoyenneté IFC. Die Konferenz hat zum Ziel, in enger Absprache mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) den Austausch zu sämtlichen Aspekten der politischen Bildung in den Kantonen zu fördern. Bis anhin gibt es keinen Überblick über die bestehenden und geplanten Angebote von und in den Kantonen und auch kein Gremium der Kantone, welches die politische Bildung systematisch bearbeitet. Diese Lücke wurde seitens der Kantone, die in der Schweiz die Hauptverantwortung für Bildung tragen, mit der Schaffung der Fachkonferenz geschlossen. Das Vorhaben wird von der [ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit](#) organisiert.¹ Der Regierungsrat ist gespannt auf die Ergebnisse der Konferenz.

6. Welche sonstigen Massnahmen, unabhängig der erwähnten Studie, sieht der Regierungsrat zur Förderung der politischen Bildung?

Der Regierungsrat ist darauf bedacht, dass der Kanton Basel-Landschaft die Partizipation der Kinder und Jugendlichen in seinen Projekten generell verstärkt ermöglicht und fördert. Zur Umsetzung solcher Partizipationsprozesse kann auf die Hilfe von OKJA-BL, Kinderbüro, engage.ch, Kind und Raum usw. zurückgegriffen werden.

7. Wie kann die politische Bildung auch an Berufsschulen (wo beispielsweise der Jugendrat nicht präsent ist) gestärkt werden?

Im Bereich der beruflichen Grundbildung bildet der «Aspekt Politik» einen integralen Bestandteil des [Lehrplans](#) im Fach Allgemeinbildender Unterricht (ABU) – diesbezüglich sieht der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf. Bedacht werden muss, dass Jugendliche in der Regel nur einen Tag an der Berufsfachschule sind. Er unterstützt die Berufsfachschulen jedoch gerne verstärkt bei der Umsetzung von weiteren Massnahmen. So wird geprüft, ob in der ABU-Fachgruppe ein regelmässiger Austausch über erfolgreiche Formen der politischen Bildung etabliert werden kann. Ausserdem begrüsst der Regierungsrat ein stärkeres Engagement des Jugendrats an den Berufsfachschulen und bietet bei Bedarf gerne Unterstützung an.

Kann sich der Regierungsrat ein Projekt mit verschiedenen Anspruchsgruppen (z.B. Jugendrat, Vertretung von Schulen, Vertretung Kanton, Vertretung Gemeinden) zu den obengenannten Handlungsfeldern vorstellen?

Die Studie macht deutlich, dass politische Partizipation von Jugendlichen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten ist und Verbesserungen eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Gesellschaft sind. So gibt es verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure, wie Stiftungen oder Vereine, die über eine ausgewiesene Expertise in diesem Bereich verfügen. Die Schulen und die kantonale Verwaltung werden in ihren Aufgaben- und Wirkungsbereichen aktiv. So plant das AKJB beispielsweise in den Prozess zur Erarbeitung eines neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes für den Kanton Basel-Landschaft, der nächstes Jahr starten soll, partizipative Methoden anzuwenden, um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen einzubringen. Es sollen neben Vertretern und Vertreterinnen des Kantons und der Gemeinden diverse weitere Anspruchsgruppen einbezogen werden.

¹ ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, Konzept Internationale Fachkonferenz Citoyenneté IFC, 30.9.2022

Liestal, 15. August 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich